



Ständige Vertretung der
Bundesrepublik Deutschland
bei der OECD



OECD-EXECUTIVE NEWSLETTER NR 3/03 KURZ-INFO DER STÄNDIGEN VERTRETUNG

INHALTSVERZEICHNIS

Treffen der OECD Arbeitsminister am 28./29.09.2003	1
Gemeinsame Konferenz des BMBF und der OECD zu Lebenslangem Lernen in Bonn	2
OECD und die Ergebnisse von Cancun	2
OECD Erweiterung	3
Konjunkturwende? - OECD Frühindikator setzt seinen Aufwärtstrend fort	3
Deutschland im Fokus der OECD	3
OECD-Länder beim Streit um Bankgeheimnis uneinig	4
Plenarsitzung der Financial Action Task Force(FATF) in Stockholm	4
Exportkredite	4
Neue Studien (I): OECD-Beschäftigungsausblick	4
Neue Studien (II): "Bildung auf einen Blick"	5
Neue Studien (III): "Gesundheit auf einen Blick"	5
OECD-Statistik (I): OECD Vergleichende Statistik jetzt auch online verfügbar	6
OECD-Statistik (II) - OECD in Figures	6
Personalien	6
Ausblick	6

TREFFEN DER OECD ARBEITSMINISTER AM 28./29.09.2003

Das Treffen der OECD-Arbeitsminister in Paris am 29./30. September 2003 unter Vorsitz des französischen Arbeitsministers François Villon stand im Zeichen anhaltend hoher Arbeitslosigkeit (im OECD-Raum lag die Arbeitslosenquote 2002 bei 6,9 %, für 2003 werden 7,2 % erwartet). Entsprechend hoch ist der Reformdruck auf die meisten Mitgliedstaaten, ihre Arbeitsmarktpolitik zu modernisieren, um ihre Beschäftigungsbilanz zu verbessern.

Insbesondere die Überalterung der Gesellschaften (2020 wird im OECD-Raum jeder dritte Erwerbstätige älter als 50 Jahre sein) erfordere eine flexiblere Arbeitsmarktpolitik und eine nachhaltige Sicherung der sozialen Sicherungssysteme. Diese Einschätzung wird von allen OECD-Mitgliedstaaten geteilt.

Das Generalthema des OECD-Ministertreffens lautete "Auf dem Weg zu mehr und besseren Arbeitsplätzen". Das Kommuniké stellte die Förderung beruflicher Aufstiegschancen **unterrepräsentierter Gruppen** und der **Schaffung größerer Chancengleichheit beim Zugang zu lebensbegleitendem Lernen und der beruflichen Aus- und Weiterbildung** heraus und defi-

niert die Arbeitsschwerpunkte der OECD im Bereich Arbeit und Beschäftigung in den kommenden Jahren.

Bei der Plenarsitzung und dem Arbeitssessen standen drei Themenkreise auf der Tagesordnung:

- Unter dem Thema "**Mobilisierung unterrepräsentierter Gruppen**" wurde diskutiert, wie die Partizipationsrate dieser Gruppen (Frauen mit familiären Pflichten, ältere Arbeitskräfte, Behinderte, ethnische Minderheiten, Jugendliche), die überproportional stark von Arbeitslosigkeit/Inaktivität betroffen sind, gesteigert werden könne. Der **OECD-Beschäftigungsausblick 2003 macht deutlich, dass sich das Wachstum der Erwerbsbevölkerung in den OECD-Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren verlangsamen** wird, wenn sich die **Beschäftigungsstrukturen dieser Gruppen nicht ändern** werden. Die Minister waren sich einig, dass hier eine Mobilisierung dringend geboten ist, um die langfristige Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme zu sichern. Einigkeit bestand ebenfalls darin, dass wegen der Überalterung der Gesellschaften Maßnahmen zur Förderung des Vorruhestandes nicht mehr finanzierbar sind.
- Während des Arbeitssessens diskutierten die Minister "**Jüngste Innovationen in der öffentlichen Arbeitsmarktverwaltung und auf dem Markt für Beschäftigungsdienste**". Die deutsche Delegation hatte die Gelegenheit, in einem einführenden Statement die von der **Bundesregierung eingeleiteten Reformmaßnahmen für den Arbeitsmarkt zu erläutern und in den Gesamtzusammenhang mit der angespannten Haushaltslage und der Reform der sozialen Sicherungssysteme** zu stellen. Die Diskussion zeigte Übereinstimmung, dass die Nutzung der Synergie zwischen öffentlicher und privater Arbeitsvermittlung sowie die Hinwendung zu einem "zielorien-

tierten Management" vielversprechende Reformansätze seien.

- Der dritte Diskussionspunkt behandelte die **Verbesserung der Berufsaussichten gefährdeter Arbeitskräfte und Anhebung des Qualifikationsniveaus**. Dabei werden unter "gefährdeten Arbeitskräften" Beschäftigte verstanden, die in Gefahr sind, relativ leicht ihren Arbeitsplatz zu verlieren und nicht genug verdienen, um sich und ihre Familien auf Dauer aus dem unteren Einkommensbereich zu lösen. Die Fragestellung lautet hier, wie Aktivierungsstrategien und Arbeitsanreizmaßnahmen so ausgestaltet werden können, damit diese Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz behalten und auch beruflich aufsteigen können: Die Minister waren sich einig, dass die Aus- und Weiterbildungssysteme in der Lage sein müssen, kurzfristig auf die Veränderungen bei den Qualifikationsanforderungen zu reagieren. Neue Formen der Ko-finanzierung von Weiterbildung durch Staat und Sozialpartner müssten entwickelt werden.

Zum künftigen Arbeitsprogramm des ELSA-Direktorats regten die Minister u.a. an, die Analyse über die **Frage der Arbeitsplatzqualität und der daraus entstehenden Folgen für Produktivität und Wachstum** fortzuführen, eine Untersuchung über Zusammenhänge zwischen Humankapitalinvestitionen und Beschäftigungs- und Karriereaussichten sowie die Auswirkungen der Entwicklung ausländischer Direktinvestitionen auf die Arbeitsmarktergebnisse.

Weiterhin empfahlen die Minister dem ELSA-Ausschuss, gemeinsam mit dem Economic Policy Committee (EPC) eine **Neubewertung der Empfehlungen der "OECD-Job Strategy"** vorzunehmen.

GEMEINSAME KONFERENZ DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (BMBF) UND DER OECD ZU LEBENSLANGEM LERNEN IN BONN

Die Vertreter von 26 OECD Mitgliedstaaten einigten sich zum Abschluss einer dreitägigen OECD/BMBF-Tagung zum Thema Lebenslanges Lernen vom 8.–10. Oktober in Bonn darauf, die Bedingungen für "Lebenslanges Lernen" weiter zu verbessern. Schwerpunkte der Konferenz waren die **Verbesserung der Qualität von Weiterbildungsangeboten sowie die nachhaltige Sicherung ihrer Finanzierung**. Die Beteiligten verständigten sich darauf, dass die Finanzierung von Weiterbildung unter anderem durch Instrumente wie Lernzeitkonten oder Bildungsgutscheine gewährleistet werden solle.

Der OECD-Direktor für Bildung, Barry McGaw, lobte das deutsche Engagement zur Förderung des lebenslangen Lernens. Bundesministerin Bulmahn nannte als Ziel der deutschen Bildungspolitik, Chancengerechtigkeit durch einen

Zugang zum "Lebenslangen Lernen" für alle herzustellen. Sie stellte das vom Europäischen Sozialfonds mitfinanzierte Programm des BMBF "Lernende Regionen" vor, mit dem regionale Netzwerke gefördert werden, die ein maßgeschneidertes Beratungs-, Lern- und Weiterbildungsangebot vor Ort bieten und damit zur Investitionsstärkung der Unternehmen und zur regionalen Entwicklung beitragen. Außerdem unterstrich sie die Notwendigkeit, die Qualität von Weiterbildungsangeboten zu sichern und schilderte die hierzu von Deutschland ergriffenen Maßnahmen, wie die Vorbereitung einer einheitlichen Zertifizierung oder die Bitte an Stiftung Warentest, verschiedene Weiterbildungsangebote auf ihre Qualität hin zu untersuchen.

OECD UND DIE ERGEBNISSE VON CANCUN

Die OECD war hochrangig, u.a. durch den Generalsekretär Johnston, in Cancun vertreten. Inzwischen wurde die Konferenz von der OECD bewertet. Cancun werde die weitere Arbeit der WTO zwar verzögern, nicht aber zum Stillstand bringen. Die OECD befindet sich zur Zeit in der Diskussion, inwieweit ihre Arbeit den Fortgang der Diskussionen zur Doha Development Agenda (DDA) sinnvoll unterstützen kann. In diesem Prozess kommt es darauf an, dass Deutschland in enger Abstimmung mit den anderen Mitgliedstaaten der EU und der Kommission seine Vorstellungen zu diesem Prozess einbringen kann.

Die OECD befürchtet, dass das Scheitern von Cancun dazu beitragen könne, dass an die Stelle multilateraler Vereinbarungen vermehrt bilaterale Handelsabkommen treten und so der Multilateralismus in Handelsfragen zur Disposition stehen könnte. Nach der Einschätzung der OECD ging es in Cancun daher mehr um Politik und weniger um konkrete Sachfragen. Mit den koordinierten afrikanischen Ländern und der G 20+ (die das OECD-Mitglied Mexiko einschließen) sind neue resolute Akteure auf den Plan getreten, die insbesondere durch das Bindeglied 'Landwirtschaft' zusammengehalten würden. Mit Blick nach vorn will die OECD daher die Konsequenzen des Scheiterns von Cancun für ihre eigene Arbeit und weniger die Ursachen des Scheiterns in den Mittelpunkt der weiteren Diskussion stellen.

Aufgabe der OECD müsse es jetzt sein, zur Entwicklung einer gemeinsamen Position der Mitgliedsländer beizutragen. Zudem habe die OECD die WTO schon bisher durch ihre analytische Arbeit unterstützt. Dies müsse fokussiert und zielgerichtet insbesondere in Bezug zu den Singapur- und Doha-Themen weiter geführt werden. Weitere wichtige Themen seien: Vorzugszölle, Handel mit bestimmten (Agrar-)Produkten, Süd-Süd-Handel, Zusammenhang zwischen Investitionen und Handel, Reformen im Agrarbereich in entwickelten Län-

dem. Aktiv müsse die OECD auch zum 'capacity building' in den Entwicklungsländern beitragen.

OECD ERWEITERUNG

Russland, das einzige G-8-Land, das noch nicht OECD-Mitglied ist, hat in jüngster Zeit seine Bemühungen um eine baldige Aufnahme in die Organisation verstärkt. Präsident Putin hat im April dieses Jahres mit persönlichen Schreiben an den OECD-Generalsekretär und an befreundete Regierungschefs von OECD-Mitgliedstaaten den Beitrittswunsch, der erstmals im Jahre 1997 vorgetragen wurde, bekräftigt.

Allerdings gibt es auf beiden Seiten Gründe, die die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen noch im laufenden Jahr unwahrscheinlich machen: Die OECD befindet sich in einem, auch für die evtl. Erweiterung richtungweisenden Reformprozess, der bis zum Ministerrat im Mai 2004 hinreichende Fortschritte gemacht haben dürfte. Auf der russischen Seite gibt es noch Klärungsbedarf hinsichtlich der dortigen Fähigkeit zur Übernahme des OECD-acquis und der notwendigen Gleichgesinntheit über die Arbeit und die Ziele der Organisation.

Nach OECD-Angaben haben neben Russland noch Argentinien, Bulgarien, Chile, Kroatien, Zypern, Estland, Israel, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien, San Marino, Slowenien, Thailand und die Ukraine offiziell ihr Beitrittsinteresse bekundet.

Unter diesen Bewerberländern sieht die EU-KOM die EU-Beitrittsländer bereits durch die Übernahme des EU-acquis als quasi qualifiziert für die OECD-Mitgliedschaft an.

Das OECD-Sekretariat bemüht sich dagegen, nicht zuletzt zur Wahrung der globalen Bedeutung der Organisation, eher darum, große Länder, sogenannte major players, wie Brasilien, China, Indien, Indonesien und Südafrika, näher an die Organisation heranzuführen

KONJUNKTURWENDE? - OECD FRÜHINDIKATOR SETZT SEINEN AUFWÄRTSTREND FORT

Nach dem neuesten Composite Leading Indicator (OECD-Frühindikator) ist im Bereich der OECD-Mitgliedstaaten eine mäßige bis starke konjunkturelle Erholung zu erwarten. Die Augustdaten signalisieren eine weitere Beschleunigung der wirtschaftlichen Leistung in den USA und in Japan, während die **Daten für das Eurogebiet mäßig verbesserte Ergebnisse signalisieren, mit jedoch starker Performance in Deutschland, aber schwächerer Entwicklung in Frankreich.**

Der CLI für das OECD-Gebiet stieg um 1,1 Punkte auf 124,1 im. Die 6-Monatsrate ist seit April 2003 ebenfalls erheblich angestiegen. Der CLI für die USA stieg um 1,1 Punkte im August. Die 6-Monatsrate war ebenso seit 5 aufeinanderfolgenden Monaten bedeutend höher. Der

CLI im Eurogebiet stieg um 0,8 Punkte im August und die 6-Monatsrate stieg nach einer Periode von 11 Monaten mit fallender Tendenz in vier Folgemonaten an. Im August stieg der CLI für Japan um 1,2 Punkte und die 6-Monatsrate stieg in vier Folgemonaten an.

Der CLI für Frankreich stieg geringfügig um 0,2 Punkte im August und die 6-Monatsrate verbesserte sich leicht über die letzten fünf Monate nach viermonatigem Abwärtstrend. Der CLI für Deutschland stieg um 1,3 Punkte im August und die 6-Monatsrate stieg nach 11 Monaten Abwärtstrend im vierten Monat in Folge an.

Der OECD-CLI ist dafür konzipiert, frühzeitig Signale für Wendepunkte (Gipfel und Talsohlen) zwischen Expansion und Verlangsamung wirtschaftlicher Aktivität zu geben. CLI-Daten für alle Länder und detaillierte Informationen über die Vorgehensweise der OECD bei ihrer Erhebung sind auf der OECD-Website zu finden unter <http://www.oecd.org/std/cli>. Das nächste Datum für die Veröffentlichung der CLI-Daten der OECD wird der 7. November 2003 sein.

DEUTSCHLAND IM FOKUS DER OECD

Im Rahmen des **OECD-Examens zur Regulierungsreform in Deutschland ist als letztes Kapitel** vor dem Abschlussexamen im Dezember 2003 das Kapitel **Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung** ("Government Capacity to Assure High Quality Regulation in Germany") in der *"Working Party on Regulatory Management and Reform"* am 23. September 2003 diskutiert worden. Im Mittelpunkt der Diskussion standen neben der Forderung nach eindeutigen Regeln für die Beteiligung von Verbänden am Gesetzgebungsverfahren die Frage, in welchem Umfang in Deutschland das Instrument der Gesetzesfolgenabschätzung angewendet wird. Während der Bericht des Sekretariat hier eindeutig Nachholbedarf sah, wurde von deutscher Seite darauf verwiesen, dass durch die Beteiligung des Bundesrates die Standpunkte der Länder schon zu einem frühen Zeitpunkt in das Gesetzgebungsverfahren einfließen und damit ein funktionales Äquivalent zur Gesetzesfolgenabschätzung existiert.

Insgesamt wurden Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung in Deutschland wohlwollend positiv beurteilt. Wenngleich Deutschland im Gegensatz zum kürzlich geprüften Finnland nicht auf eine gleichermaßen umfangreiche Liste bereits durchgeführter Reformen verweisen konnte, so bot die Peer Review doch eine gute Gelegenheit, die Reformanstrengungen der Bundesregierung bei aller Kritik der OECD in Einzelpunkten auf internationaler Expertenebene zu präsentieren.

OECD-LÄNDER BEIM STREIT UM BANKGEHEIMNIS UNEINIG

Die 30 OECD-Länder konnten sich auf einer Ratssitzung Mitte September **nicht auf eine**

Empfehlung zur Erleichterung des Zugangs zu Bankinformationen zu Steuerzwecken einigten. Immerhin bekannte sich die große Mehrheit zu den Verpflichtungen, die Voraussetzungen für einen effektiven Auskunftsaustausch, der den Zugang zu Bankinformationen umfasst, bis 1. Januar 2006 zu schaffen. Im Rahmen der OECD-Arbeiten zur Eindämmung des schädlichen Steuerwettbewerbs haben sich bisher 32 Staaten und Gebiete (kooperative Steueroasen) in politischen Erklärungen gegenüber der OECD zu Transparenz und effektivem Auskunftsaustausch in Steuersachen verpflichtet. Die Steueroasen ließen jedoch Zweifel erkennen, dass es der OECD nicht gelingen werde, alle Mitgliedsstaaten auf den gleichen Standard zum Zugang zu Bankinformationen zu verpflichten und damit ein „level-playing-field“ zu gewährleisten. Sie verwiesen darauf, dass die Herstellung eines „level-playing-field“ für sie von existenzieller Bedeutung sei; denn sie werden auf Dauer ihr Geschäft im Finanz- und Servicebereich an die Staaten verlieren, in denen der Zugang der Steuerbehörden zu Bankinformationen beschränkt bleibe. **Auf Drängen der Steueroasen wurde am 14./15. Oktober 2003 auf einer Tagung in Ottawa das Thema „level-playing-field“ zwischen Steueroasen und OECD erörtert**, auf der trotz einiger kritischer Stimmen aus den Reihen der kooperativen Steueroasen die Fortsetzung der Zusammenarbeit sowie die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe beschlossen wurde.

PLENARSITZUNG DER FINANCIAL ACTION TASK FORCE (FATF) IN STOCKHOLM

Vom 1. bis 3. Oktober fand die Plenarsitzung der Financial Action Task Force in Stockholm statt. Die FATF ist eine unabhängige internationale Einrichtung, die sich mit der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung befasst und deren Sekretariat sich in der OECD in Paris befindet. Am **01.09.2003 hatte Jochen Sanio, Präsident der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, den FATF-Vorsitz turnusgemäß an Claes Norgren, den Leiter der schwedischen Wettbewerbsbehörde übergeben.**

Die **Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung** war ein wesentliches Thema der Sitzungen in Stockholm. Nach Mitteilung Norgrens sollen die Geldströme zur Finanzierung der Terroristen künftig noch gezielter ausgetrocknet werden. Zu diesem Zweck will die FATF den internationalen Behörden und der Finanzgemeinschaft Anleitungen geben, um das Risiko der Terrorismusfinanzierung zu verringern. Dazu zählt auch die Verpflichtung, Guthaben einzufrieren, die mit dem Terrorismus in Zusammenhang stehen. Die technische Hilfe für Länder, die mit der FATF kooperieren, soll in Zusammenarbeit mit der Counter-Terrorism Action Group (CTAG) der G 8-Länder ausgebaut werden.

Die Liste der **nicht kooperierenden Länder und Gebiete (NCCT)** umfasst derzeit Ägypten, die Cook-Inseln, Guatemala, Indonesien, Myanmar, Nauru, Nigeria, die Philippinen und die Ukraine. Die FATF ruft ihre Mitglieder auf, geschäftliche und finanzielle Beziehungen zu natürlichen und juristischen Personen aus diesen Ländern und Gebieten mit besonderer Sorgfalt zu beobachten. Myanmar wurde aufgefordert, seine Gesetzgebung im Bereich der Rechtshilfe und der Bekämpfung der Geldwäsche bis zum 3. November anzupassen. Für den Fall, dass die Fristsetzung erfolglos bleibt, sind zusätzliche Maßnahmen gegen Myanmar geplant.

Die **Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank** wird fortgeführt und intensiviert, mit dem Ziel die weltweite Implementierung der **"Forty and Eight Special Recommendations"** zur Bekämpfung der Geldwäsche bzw. der Terrorismusfinanzierung herbeizuführen.

Die nächste Plenarsitzung der FATF soll vom 25.-27.02.2004 in Paris stattfinden. Weitere Informationen erteilen: Helen Fisher, OECD Media Relations (Tel.: + 33 1 45 24 80 97 oder helen.fisher@oecd.org) oder das FATF-Sekretariat, 2, rue André Pascal, 75775 Paris Cedex 16 (Tel.: + 33 1 45 24 79 45, Fax: + 33 1 45 24 17 60 oder e-mail: contact@fatf-gafi.org).

EXPORTKREDITE

In der letzten Sitzungswoche zu Exportkrediten im September 2003 wurde insbesondere das Thema Exportkredite/Umwelt diskutiert. Zusammen mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen (NROs) wurde über die Überarbeitung der "common approaches" und über Justierung im Bereich Sozial- und Umweltstandards diskutiert. Manche Forderungen der NROs nach weitestgehender Transparenz des Prozesses fanden nicht durchgehend Zustimmung. Die Mehrheit der Mitgliedsländer halten die Form der Beteiligung der NROs durch Konsultationen weiterhin für richtig und wollen den Text nicht mit den NROs verhandeln.

USA stellten umfassend die von ihnen eingerichtete Trade Bank of Iraq vor und schlugen vor, dass auch andere Exportkreditagenturen mit dieser Rahmenabkommen abschließen sollten, um den Importbedarf des Irak an Waren mit kurzfristigen Finanzierungen abzudecken.

NEUE STUDIEN (I): OECD BESCHÄFTIGUNGS- AUSBLICK 2003

Der jährlich erscheinende OECD Beschäftigungsausblick mit dem diesjährigen Titel **"Auf dem Weg zu mehr und besseren Arbeitsplätzen"** beschäftigt sich vor dem Hintergrund der seit 2000/2001 in allen OECD-Mitgliedstaaten sich verschlechterten Beschäftigungslage und der gestiegenen Arbeitslosigkeit mit dem Thema **der Mobilisierung unterrepräsentierter Gruppen** (darunter behinderte Personen, Frauen und

ältere Arbeitnehmer) auf dem Arbeitsmarkt. Die Studie sucht Antworten auf die Fragen, wie Anreize geschaffen werden können, eine Arbeit wieder aufzunehmen bzw. Hindernisse für eine Einstellung abgebaut werden können. Darüber hinaus geht es aber auch um die Qualität von Arbeitsplätzen (Einkommen, Sicherheit oder Karrierechancen (z.B. durch Fort- und Weiterbildung)).

Die Studie gliedert sich in zwei Bereiche: Kap. 1-3 widmen sich Beschäftigungsherausforderungen, insbesondere den Arbeitsmarktentwicklungen der 90er Jahre und der Arbeitsmarktsituation unterrepräsentierter gesellschaftlicher Gruppen. Im zweiten Teil, in den Kap. 4-5, werden eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation dieser Gruppen analysiert, die die Arbeitskräftenachfrage sowie die Bereitschaft Arbeit aufzunehmen erhöhen und damit auch positive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben.

Dort, wo ein Beschäftigungszuwachs verzeichnet wurde, profitierten v.a. Frauen, aber auch ältere Arbeitnehmer davon.

In DEU allerdings ist die Erwerbsquote der 55-64jährigen zwar zwischen 1990 und 1999 von 39,8% auf 43,7% gestiegen, danach aber mit 43,0% auf dem Stand von 2000 geblieben, während der OECD-Durchschnitt 2002 bei 51,9% lag. Der langfristige Trend einer höheren Erwerbsbeteiligung von **Frauen setzte sich in nahezu allen Ländern weiter fort.** (DEU: Frauenerwerbsquote 1990: 55,5 % i.Vgl. dazu 2002: 64,4% und rangiert damit deutlich über dem OECD-Durchschnitt: 1990: 56,3%; 2002:59,6%). Dagegen sind die Beschäftigungsquoten junger Menschen sowie von Personen mit niedrigerem Bildungsniveau in den meisten OECD-Mitgliedstaaten in den vergangenen zehn Jahren zurückgegangen.

Um arbeitsfähige Nichterwerbstätige zur Annahme einer Arbeit zu mobilisieren, seien beschäftigungsabhängige Leistungen (z.B. Steuergutschriften) ein mögliches Instrument. Dies bedeutet jedoch, dass bisher beschäftigungsunabhängige Leistungen wie beispielsweise Erziehungsgeld, Invaliditätsrenten, Frühverrentungssysteme etc. dahingehend überprüft werden müssen, inwieweit sie der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit entgegen stehen, ohne dadurch Bedürftige von Hilfen auszuschließen.

NEUE STUDIEN (II): "BILDUNG AUF EINEN BLICK" 2003

Die diesjährige Ausgabe des OECD-Berichts "Bildung auf einen Blick" untergliedert sich in vier Teile: Output der Bildungsinstitutionen und Auswirkungen des Lernens (für Individuum und Gesellschaft), Ausgaben (Zusammensetzung und Verteilung), Zugang zu Bildung, Teilnahme (Geschlechterverhältnis, internationaler Studentenaustausch) und schließlich Lernumgebung und Schulorganisation (Ausbildungsdauer, Schüler-

Lehrer-Verhältnis, Lehrzeit, Kosten). Ziel ist es, Bildungsexperten sowie Politikern einen umfassenden Überblick über die Position ihres Landes im internationalen Vergleich zu geben, um so einen Beitrag zur Bildungsplanung leisten zu können.

Einige der Aussagen:

- Im Schnitt erzielen **30% Prozent der Personen (2002 waren es noch 26%) im typischen Abschlussalter einen Hochschulabschluss** im Tertiärbereich A (Hochschulstudium im Gegensatz zu FHS). Der Prozentsatz rangiert zwischen ca. 40% (AUS, FIN, ISL, NZL) zu 20% oder weniger (CZE, DEU (!), ITA, CHE). Im Schnitt bricht ein Drittel der Studenten in den OECD Ländern das Studium vor einem ersten Abschluss ab (DEU: ca.31%). Zwar ist die Anzahl der Personen, die einen Universitätsabschluss vorweisen können, angestiegen, dies jedoch lediglich in wenigen Ländern. DEU verzeichnet neben NLD und CHE einen lediglich geringen Zuwachs. Die niedrige Abschlussquote in einigen Ländern hängt auch damit zusammen, dass in diesen Ländern die Mehrheit der Studenten längere Programme (min. fünf Jahre) absolvieren, während eine vergleichbare Ausbildung in anderen Ländern (z.B. IRL, GBR) lediglich drei Jahre in Anspruch nimmt.
- **Forschungsqualifikation erreichen im Durchschnitt 1,1% der Bevölkerung. DEU liegt mit 2% nach SWE (2,7) und CHE (2,5) an dritter Stelle.**
- **Im Durchschnitt beginnen 40% aller Schulabgänger ein Studium, das zu einem Bachelor oder höheren Abschluss führt.** In einigen Ländern ist dies sogar jeder zweite. Außer in FRA und DEU stieg die Teilnahme an tertiärer Bildung zwischen 1995 und 2001. Grund für den gegenteiligen Trend in DEU und FRA war die Tatsache, dass dort das negative Bevölkerungswachstum stärker zu Buche schlug als die steigende Beteiligungsrate an tertiärer Bildung von 7% (FRA) bzw. 10% (DEU).

Der OECD-Bericht "Bildung auf einen Blick" stellt durch seine Indikatoren, die Informationen über die für Bildung aufgewendeten Human- und Finanzressourcen, über die Funktionsweise und Weiterentwicklung von Bildungssystemen und Lernmethoden sowie über den individuellen, gesellschaftlichen und ökonomischen Nutzen von Bildungsinvestitionen eine interessante Ergänzung der PISA Studie dar, da diese sich mit dem daraus resultierenden Output beschäftigt.

NEUE STUDIEN (III): "GESUNDHEIT AUF EINEN BLICK"

Die am 16.10.03 erschienene Publikation "Health at a Glance – OECD Indicators 2003" präsentiert eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der umfangreichen, international vergleichenden "OECD Health Data 2003" (im Internet unter www.oecd.org/health). Die Zahlen spiegeln den enormen Kostendruck im Gesundheitswesen der meisten OECD-Mitgliedstaaten wider: Der durchschnittliche BIP-anteil der Gesundheitsausgaben ist 2001 auf über 8% gestiegen. In Deutschland machten die Gesundheitsausgaben im Jahr 2001 **10,4% des BIP aus (2808 US\$ pro Kopf/Jahr). Damit liegt Deutschland an 3. Stelle nach USA (13,4% - 4900 US\$ pro Kopf/Jahr) und Schweiz (10,8%).**

Für Arzneimittel werden in Deutschland pro Kopf/Jahr 402 US\$ ausgegeben, in den USA 605 US\$, in Frankreich 537 US\$).

Die Lebenserwartung, einer der Hauptindikatoren für die Messung des Gesundheitsstatus' der Bevölkerung, ist in den OECD-Mitgliedstaaten seit 1960 um 8,7 Jahre von 68,5 auf 77,2 Jahre gestiegen (DEU: Frauen 80,7, Männer 74,7).

OECD STATISTIK (I): OECD VERGLEICHENDE STATISTIK JETZT AUCH ONLINE VERFÜGBAR

Über die neu eingerichtete Website der OECD kann über ein Statistik-Portal (www.oecd.org/statistics) auf die vergleichenden Daten und Statistiken der OECD und ihrer Mitgliedsländer zugegriffen werden. Die Adresse der Homepage des OECD-Statistikdirektorats lautet: www.oecd.org/std.

OECD IN FIGURES

OECD in Figures 2003 ist eine Publikation der OECD mit vergleichenden Statistiken zu, unter anderem, Gesundheit, Bruttoinlandsprodukt (BIP, BIP/Einwohner), Bildung, Besteuerung und Beschäftigung in allen OECD Mitgliedstaaten. Bestellt werden kann *OECD in Figures, OECD Observer 2003/Supplement 1* entweder online bei www.oecd.org/bookshop oder beim OECD Center in Bonn, E-Mail: bonn.contact@oecd.org.

PERSONALIEN

+++**Claude Mandil, Exekutivdirektor der IEA**, besuchte am 18. und 19. September Berlin als Ehrengast des 25jährigen Jubiläums des Erdölbewirtschaftungsverbandes sowie als Mitveranstalter des gemeinsam von der IEA und dem BMWA durchgeführten Seminars "Oil stocks and new challenges in the oil market". Im Rahmen seines Berlin-Aufenthaltes führte Mandil Arbeitsgespräche mit **StS Adamowitsch (BMWA), StS Baake (BMU) und AL Ammon (AA)**; dabei ging es vor allem um die Entwicklung im Irak, die Sicherheit der Elektrizitätsversorgung, Chancen der erneuerbaren Energie sowie die Ölpreispolitik.+++
+++**Dr. Antonio Pflüger**, bisher Leiter des Referats "Energie und Umwelt" im BMWA, ist seit dem 1.9.2003 neuer Leiter des Referates

"Energy Technology Collaboration" in der IEA. A. Pflüger folgt damit Hans-Joachim Neef, der nach Jülich zurückgekehrt ist.+++

+++**Personalsituation in der OECD:** Im Leitungsbereich (hors cadre, A7, A6) keine Änderung der deutschen Positionen. A5-Stelle bei IEA konnte zum 1.9.2003 mit einem deutschen Bewerber nachbesetzt werden (siehe oben).

Im mittleren Management (A3) wurden zwei Neueinstellungen vorgenommen, zwei deutsche Mitarbeiter wurden von A2 nach A3 höhergestuft.

Vier Deutsche traten als Consultants mit kurzfristigen Verträgen und 4 als Praktikanten ihre Tätigkeit bei der OECD an. Seit 1.9.03 sind die ersten drei Stipendiaten des Carlo-Schmid-Programms tätig. Weitere vier werden bis Jahresende ihr Praktikum aufnehmen.+++

AUSBLICK

+++**20.10.2003 Roundtable "Gesundheitspolitik" auf Einladung des frz. Gesundheitsministers Mattéi mit StS Schröder (BMGS)**

+++**13.11.-14.11.2003 Executive Committee in Special Session (ECSS)+++ 26.11.2003 Publikation OECD Economic Outlook**

+++**04.12.2003 Deutschland-Examen "Regulierungsreform" (Publikation Februar 2004)**

+++**15.12.-16.12.2003 G8-Arbeitsministertreffen in Stuttgart (Teilnahme OECD-Generalsekretär Johnston)+++29.01.-30.01.2004 OECD-Wissenschaftsminister-Treffen**

+++**März 2004 OECD-Forum "Deutsche Wirtschaftspolitik" in Berlin+++März 2004: OECD-Bildungsminister-Treffen in Dublin**

+++**20.04.-21.04.2004 OECD-Umweltminister-Treffen+++13.05.-14.05.2004: OECD-Ministerrat (evtl. gleichzeitig OECD-Gesundheitsminister-Treffen)+++15.-16. oder 29.-30.04.2004 OECD-DAC-Ministertreffen (BM Wieczorek-Zeul)+++**

IMPRESSUM

Botschafter Dr. Hans-Stefan Kruse
Jobst Holborn
Joachim Hacker
Klaus Jochen Gühlcke
Volker Böhm
Achim Burkart
Dr. Eduard Westreicher
Helmut Schneider
Thomas Notheis
Heidrun Siegesmund
Dr. Eckehard Rosenbaum
Andreas Schaal
Isabel Feichtner
Veronika Marx (Lay-out)

Kontakt:

Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OECD,
9 rue Maspéro, 75116 Paris,
Tel.: +33-1-55 74 57 00,
Fax:+33-1-55 74 57 40;
delegation@germany-oecd.org